

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Landesamtsdirektion/Internationale, Europäische und
Protokollarische Angelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Frau
GfGR Christine KIESENHOFER
Marktgemeinde Kreuzstetten
Kirchenplatz 5
2124 Kreuzstetten

LAD1-IP-E-3026/024-2015
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1protokoll@noel.at
Fax 02742/9005-15400 Internet: <http://www.noe.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug BearbeiterIn Durchwahl Datum
Dr. Wolfgang Traußnig 12873 25. Juni 2015

Betreft
Resolution des Gemeinderates Kreuzstetten vom 16. Juni 2015 betreffend TTIP

Sehr geehrte Frau geschäftsführende Gemeinderätin!

Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat uns Ihr Schreiben vom 22. Juni 2015 mit der angeschlossenen Resolution der Marktgemeinde Kreuzstetten vom 16. Juni 2015 betreffend TTIP weitergeleitet.

Auch das Land Niederösterreich beobachtet die derzeit geführten Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP aufmerksam und kritisch. Erschwerend wirkt sich dabei aus, dass die Kommission die eigentlichen Verhandlungsgegenstände nicht vollständig veröffentlicht. Transparenz muss bei den Verhandlungen jedoch oberste Priorität haben. Wir haben daher als Bundesland bereits frühzeitig alle unsere von der Verfassung eingeräumten Möglichkeiten ausgeschöpft, um transparente Verhandlungen zu erreichen und die Aufrechterhaltung der hohen europäischen Standards für unsere Bevölkerung auch in Zukunft zu gewährleisten.

So hat der NÖ Landtag bereits in seiner 12. Sitzung am 10. April 2014 eine Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP beschlossen (Ltg.-341-1/A-3/17- 2014). Darin fordert der

Landtag die Beibehaltung der hohen europäischen Standards, insbesondere in den Bereichen Arbeitsrecht, Produktsicherheit sowie beim Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt-, Tier- und Datenschutz, einen besseren Informationsaustausch zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten während der Verhandlungen und die Beachtung der nationalen Rechtsvorschriften durch internationale Konzerne im Rahmen der Investitionsschutzverträge. In seiner zweiten Resolution zur TTIP, die der NÖ Landtag in seiner 22. Sitzung am 19. Februar 2015 beschlossen hat (Ltg.-585-1/A-2/2-2015), fordert der Landtag darüber hinaus die Ratifizierung des Abkommens durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente und lehnt die Schiedsgerichtsbarkeit in Freihandelsabkommen ab, solange ein Missbrauch von Investitionsschutzinstrumenten nicht ausgeschlossen werden kann. Der NÖ Landtag bekräftigte die Ablehnung der Schiedsgerichte für Investorenstreitigkeiten in einer dritten Resolution zur TTIP vom 17.6.2015 (Ltg.-670/V-3/3-2015).

In diesem Sinne haben sich auch alle neun Bundesländer in einer einheitlichen Länderstellungnahme gemäß Art. 23d B-VG verständigt und einen ganzen Forderungskatalog an die Bundesregierung gerichtet. Diese Forderungen zielen auf eine verbindliche Sicherstellung der in der EU geltenden Normen und Standards. Weitere Marktöffnungsschritte und Liberalisierungsbestrebungen werden v.a. im Bereich der Daseinsvorsorge abgelehnt.

Wir hoffen, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
NÖ Landesregierung
Im Auftrag
Dr. T r a u ß n i g



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.
Hinweise finden Sie unter:
www.noe.gv.at/amtssignatur